

**Die "Volkszeitung"**  
erscheint täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Gravenstr. 6/8,  
durch die Post und  
durch Gouverneure zu bestellen.  
Preis vierzehn Schillen Mf. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Vollzeitungssatz Mf. 7.50.

**Abonnementssätze**  
berichtet für die einzelnen  
Vierteljahr über das ganze  
Jahr 10 Pfennige, für Verein und  
Gesammlung 15 Pfennige  
10 Pfennige.  
Inserate für die einzelnen Quartale  
müssen bis Sonntag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

# Volkszeitung

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werkhäfige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Zeitschrift „Die Neue Welt“.

Nr. 37.

Montag, den 14. Februar 1898.

9. Jahrgang.

### Politische Übersicht.

#### Zum Schutz des Coalitionsrechts.

Die strafrechtliche Verfolgung von Warnungen vor Zugang nach Fabriken und Werkstätten, deren Inhaber mit ihren Personalen in Differenzen über die Arbeitsbedingungen stehen, ist bekanntlich ein Lieblingsfeld staatsanwaltschaftlicher Thätigkeit. Schon öfter haben allerdings derartige Anklagen mit der Freisprechung der Redacteure und Gewerkschaftsvorstände geendet; die oberen Gerichte, insbesondere das preußische Hammergericht, hatten aber bisher immer vermieden, die Sache gründlich zum Ausdruck zu bringen, sie begnügten sich vielmehr, der juristischen Erörterung des Spezialfusses. Strebsamen Staatsanwälten stand deshalb die Lahn nach wie vor offen, gegen die Arbeiterpresse und die Gewerkschaftsvorstände wegen der Veröffentlichung von Warnungen vor Zugang Prozesse anzustrengen, und die Gerichte selbst hatten es völlig in der Hand, so oder so zu entscheiden. Dem ist nun bis zu einem gewissen Grade ein Kiegel vorgehoben, als das hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg in einer Civillage der Lübecker Möbelfabrikanten den Grundzusatz aufgestellt hat, daß es nicht rechtswidrig ist, wenn die Verhängung einer Sperrreise über Geschäfte durch die Zeitungen bekannt gemacht wird, denn die Verwendung der Presse für die Wahrung der Coalitionsfreiheit sei unmöglich. Man darf wohl hoffen, daß dieser für die Arbeiter außerordentlich wertvolle Grundsatz auch in dem schriftlichen Urteil, das noch aussteht, enthalten sein wird, damit das berufliche Interesse des deutschen Arbeiters endlich einmal in der hier in Frage kommenden Beziehung den Schutz eines übergerichtlichen Urteils genießt. Wir wissen wohl, daß die übrigen Oberlandesgerichte in Deutschland nicht gezwungen werden können, den Grundsatz des hanseatischen Oberlandesgerichts ebenfalls zu praktizieren, immerhin dürfte die Beziehung auf dieses Urteil nicht ohne Einfluß bleiben, denn es ging vom Gerichtshofe eines Ortes aus, der einen der größten Lohnkämpfe sah, den die Arbeitergesellschaft Deutschlands zu verzeichnen hat.

Es beweist den Tiefstand unserer Justiz in Fragen des Arbeiter-Coalitionsrechts, daß ein Urteil wie das obige noch besondere Hervorhebung verdient.

#### Von Ostasien.

Die chinesische Regierung hat England das Recht zugestanden, die Burma-Eisenbahnen durch Jünnan fortzusetzen. Ferner hat die französische Regierung die Geldforderung bewilligt erhalten, welche sie als Entschädigung zu Gunsten des französischen Gouvernements erhielt. Der russische Geschäftsträger erklärte Donnerstag dem Tsingluyamen gegenüber, wenn China Geld von England fordere, so würde Russland darauf bestehen, daß China die gleiche Summe von ihm vorgebe. Die „glücklichen“ Langzöpfe!

Die englische Seemacht in den chinesischen Gewässern

wird weiter verstärkt. Außer dem Schlachtkreuzer „Barfleur“, das nunmehr in Port Said angekommen ist, geht das Schlachtkreuzer „Victorous“ von Malta nach China ab. Der Panzerkreuzer 1. Klasse „Gibraltar“ wird ebenfalls sofort nach China in See gehen. Es wird aus New York berichtet, daß die englische Regierung 40,000 Centner Rindsfleisch in Amerika für ihre Schiffe in Ostasien angekauft habe.

Ein Shanghaier Stimmungsbericht des britisch-offiziösen Bureau Neuter besagt die deutsche Kaufleute in Shanghai erklärt, ne würden es ablehnen, sich in Kiautschau niederzulassen, weil sie größere Leichtigkeit des Verkehrs in Shanghai als unter deutscher Flagge besäßen. Wenn es in Kiautschau profitabel ist, werden sich dort deutsche Capitalisten niederlassen. Der Prostot entscheidet, nicht „patriotische“ Sentimentalitäten.

Die Flottenvorlage und der Marineetat werden nach dem Arbeitsplane der Budgetcommission nach dem Militäretat verhandelt werden. Daß diese Beratung schon am Montag beginnen kann, wie die „Königliche Zeitung“ annimmt, ist ausgeschlossen. Die Budgetcommission hält erst am Dienstag wieder eine Sitzung ab und steht noch im Ordinarien des Militäretats. Vor dem 21. Februar kann daher keinesfalls das Flottengesetz verhandelt werden.

Zur lex Arons veröffentlicht jetzt der „Normarls“ Schriftstücke, die ihm vom Genossen Arons zur Veröffentlichung gestellt wurden und aus denen hervorgeht, daß der preußische Cultusminister Bosse im März 1885 den Versuch einer unmittelbaren Disziplinierung des Privatcrenten Arons gemacht hat, indem er Arons zur Vernehmung vor den Untersuchungsrichter vorladen ließ. Arons verweigerte aber, nachdem ihm mitgetheilt war, daß der Cultusminister und nicht die Facultät die Vernehmung veranlaßt habe, die Aussage. Im preußischen Abgeordnetenhaus hat Herr Bosse diese Thattheile verschwiegen und eine Schilderung gegeben, aus der man annehmen konnte, er habe einen derartigen Versuch nicht gemacht. Im preußischen Abgeordnetenhaus werden die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Schriftstücke noch eine Rolle spielen.

Die wütenden Reactionäre. Sehr ärgerlich ist die „Kreuzzeitung“ über die Revision des Vereins- und Versammlungswesens, wie sie die bayerische Regierung beschäftigt. Es ist das alte Bild; daß die eifrigsten Redactoren der Regierungsautorität sofort in die bösartigste Opposition gegen die Regierung versallen, sobald diese ihnen nicht zu Willen ist. Die „Kreuzzeitung“ spricht unverhohlen den Wunsch aus, daß der bayerische Reichsrath die Regierungsvorlage zu Falle bringen möge. Ja, vor Groll und Zorn erwärmt sie sich jetzt sogar für eine Regelung des Vereins- und Versammlungswesens von Reichen, „um in Zukunft solche geschlechterische Experimente unmöglich zu machen“. Die reactionären Experimente des Herrn v. d. Riepe in Preußen hatten natürlich den lebhaftesten Beifall der „Kreuzzeitung“. Geht ein anderer Bundesstaat in freiheitlicher Richtung vor, so kann sie nicht genug schelten. Nun wohl, wir sind stets für ein Reichsgesetz zur Regularisierung des Vereins- und Versammlungswesens eingetreten. Früher oder später wird es auch zu einem solchen kommen und zwar wird es nicht so aussehen, wie die „Kreuzzeitung“, Feindin jeder selbstständigen Volksregierung, es wünscht.

Die Auslegung des groben Unfug-Paragraphen durch die Gerichte hat der Vorstand des Verbandes deutscher

Journalisten und Schriftstellervereine in einer Petition an den Reichstag einer scharfen Kritik unterzogen. Es wird darin die Anwendung des groben Unfug-Paragraphen auf die Presse als eine „moderne Tensur“ und als „ein Fangen für die Presse“ bezeichnet. Sie setzt an Stelle der fest umschriebenen Grundgesetze des Rechts Stimmung und Tendenzen. Sie ist ungerecht, denn sie trifft nicht alle gleichmäßig. Sie trifft nur diejenigen, deren Ideenkreis ein anderer ist, als ihn der Richter in seinem Privatleben ausfüllt. Damit wird die Grundlage für die ganze Rechtsprechung verrückt. Es muß deshalb der Rechtsprechung, die gegenwärtig dem unzweckmäßigen Wortlaut und Sinn desselben widerspricht, durch eine authentische Interpretation eine andere Grundlage gegeben werden.

Aus dem Kleine Thielen's. Nach der amtlichen Zusammenstellung über die Eisenbahnunfälle fanden im Laufe des Monats December statt: 11 Entgleisungen auf freier Bahn und 17 in Stationen, 2 Zusammenstöße auf freier Bahn und 26 in Stationen, ferner 202 andere Betriebsunfälle. Dabei wurden getötet fünf Reisende und 74 Beamtene und Bedienstete, verletzt 4 Reisende und 152 Beamtene und Bedienstete.

#### Ausland.

Bulgarien. Auf der Balkanhalbinsel herrschen traurige Zustände. Der „Intern. Corresp.“ wird darüber aus Sofia berichtet: Das bedrohliche Element in der augenblicklichen Lage auf der Balkanhalbinsel ist die vollständige Verarmung der Landbevölkerung, welche in Macedonien und den Grenzgebieten Serbiens und Bulgariens Platz gegriffen hat. Die vorjährige Missernte, die gewaltigen Steuereintreibungen auf türkischer Seite anlässlich des vorjährigen Krieges und die immer höher gesteigerten Bedürfnisse der Regierungen Serbiens und Bulgariens haben die Not im Innern der Halbinsel diesseits und jenseits der türkischen Grenze gleich stark angeschwellen lassen. Die sogenannte macedonische Bewegung ist im Grunde genommen ein Hin- und Herwogen der völlig mittellosen und von Allem entblößten Landbewohner, die sich in den Gebirgsgegenden auf das Häuberhandwerk legen, oder in den Städten Nahrung und Obdach zu erwerben suchen. Diese Bevölkerungsteile bieten begreiflicher Weise jeder Agitation ein fruchtbares Feld dar, wobei ihnen die Auseinandersetzung der türkischen Großgrundbesitzer und die Vertheilung der Ländereien als höchstes Ziel vorschwebt. Für die Oppositionspartei in Serbien und Bulgarien ist es daher ein Leichtes, sich der angeblichen macedonischen Flüchtlinge als Sturmbock gegen die Regierungen bedienen, und die Letzteren wieder erblicken in der „macedonischen Bewegung“ ein bequemes Mittel, um die Schulden an den eigenen traurigen Verhältnissen der Lage in Macdonien bezumessen.

Afrika. Die am 3. Februar zu Prätoria geschlossene erste Bundeskonferenz der Transvaal- und Orangefreistaaten hat das gegenseitige Bündnisverhältniß vollständig geregelt und das Zusammensein beider Länder in allen wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik genau vorgezeichnet. Die Bürgertum beider Staaten erhalten bei der Ueberseidelung in den anderen auch dort das volle Bürgerrecht, alle Verkehrs- und Eisenbahn-Einrichtungen werden einheitlich geregt, Unternehmungen, welche gegen die Sicherheit eines Staates in dem anderen eingeleitet werden, sind kriminell zu verfolgen, wie wenn sie gegen den eigenen Staat gerichtet seien. Die Bestimmungen, in welcher Weise sich beide

eben bei seinen Karlsruher Gewöhnung an unbedingten Gehorsam und Ordnung, Unterjochung aller Individualität, Aufopferung der freien Selbstbestimmung zu Gunsten des allgemeinen Gesetzes erreichen, kurz, seiner Meinung nach wacker, gehorsame Staatsbürger erziehen.

Aber zugleich wünschte er auch, jeglich Talent zu pflegen, der geistigen Entwicklung nach der Seite des Vertrags, den Feder in's Auge gesetzt, Lust und Licht zu gönnen. Je schroffer die Behandlung der Jünglinge behufs der Hausordnung und Körperübung war, desto freieren, geistigen Verkehr gestattete er, ja wollte, daß die Schüler, durch körperliche Bebung gezwungen, sich um so mehr mit Herz und Geist an ihre Lehren schlossen. Der Unterricht war vorzüglich, und eben so human wie frei, die Schüler standen mit den Lehrern, welche außer Uriot sämmtlich junge Männer waren, auf innig freundschaftlichem Fuße, erwarteten sie bis an das Portal, oder begleiteten sie bis an dasselbe, denn keiner der Professoren wohnte in der Karlschule. Jeden Freitag, jedes Bekümmerlichtheiten sie ihnen mit und machten sie zu Vertrauten ihrer Seelen, während sie, die Hauptleute, Lieutenant und Corporale für sie nur ein Schnippswort oder „ungeheure Rüffel“ hatten.

Dem Ganzen aber setzte Karl Eugens Leidelseige, tägliche Gegenwart die Krone auf. Die oft väterliche Weise, in welcher er „seinen Kindern“ jede zutrauliche Annäherung zu „unserm Alter“ gestattete, war fast ergriffend, und diejem eigenartig Gemisch des „Starke und Mild“en, das sich in dem Institute paarte, war der „gute Klang“, der ungeheure Erfolg zu danken, den die nunmehr offiziell titulierte „Militärschule“ im In- und Auslande errang, das Zuströmen von Jünglingen aus nah und fern, so daß man auf immerwährende Vergrößerung hinzute.

Wie wenig das trockene jus, die Drillung durch Major Alberti, die Corporale Nagmann und Speigelberg, die letztere darin wirklich großartiges. Der Herzog wollte

Friedrichen behagte, dessen Herz am Prächtethum gehangen, begreift sich leicht. Aber seinen thauern Haug, wenn auch nur auf vier Stunden möglichlich, hatte er wieder, an ihn und Professor Abel schloß er sich auf's Engste an, und sein wundes, höchst empfindliches Herz genas von den soldatischen Püffen durch die Freundschaft seiner Kameraden Scharfenstein, der beiden Hoven und Petersens, wie an Haugs Lehre, „daß, wer im Geiste frei sei, den Zwang des Körpers als kleinstes Ubel fühle!“ und sein Web über den Verlust des theologischen Studiums linderte Balthasar's Ausspruch: „Die Theologie, welche Du im Herzen trägst, ist auf den Kanzeln dieser Welt vertreten! Sei froh, daß Du nicht das schwarze Kleid trägst. Dein Glauben und Sehen paßt allein für die Presse, sparen sie, zu guter Stunde der schöpferische Funke in Deine Seele fällt!“

Der schöpferische Funke! Das Epos „Moës“, auch das begonnene Trauerspiel „Die Christen“ hatte Schiller auf Haugs Rath zurückgelegt, denn „das Wunder himmlischer Vergeltung“ paßt für den Glauben wohl, aber nicht in die Schilderung menschlicher Kämpfe und Trümmern hinein. Was die Erde verschuldet, muß die Erde fühnen! — Friedrich studierte die Künste und las Gersterberg's „Ugolino“.

Da kam die Kunde von einem neuen, großen Dichterwerke, das ein junger Frankfurter, Wolfgang Goethe, geschrieben, den „Götz von Berlichingen“! — Haug brachte das Buch nach der Solitude und unterwarf es einer ästhetischen Definition. Diese Sprache, obwohl der mittelalterlichen Periode, war neu, es hieß... in diesen Lönen der lichtigen Zauber deutscher Heldenzeit, und „Freiheit, Freiheit“, Götzens letzter Haug, zog wie ein leiser, weigerlicher Motorwind durch's deutsche Land, machte die Wangen der Karlsruher höher erglühen. Schiller erbat sich das Werk; er verließ sich tief in dessen Leben, und dazu das große Publikum erstaunt aufhörte dem neuen Dichter, ward er von Schiller und seinen zeitigen Geistern vergöttert.

Staaten im Kriegsfall gegenseitig Hilfe zu leisten haben, werden jedoch geheim gehalten.

**Amerika.** Anarchie in Guatemala. In San Francisco liegen Berichte aus Guatemala vor, nach denen General Moncada versucht haben soll, sich zu Gunsten von Morales in den Besitz der Regierungsgewalt zu setzen. Er sei aber mit einer Anzahl Anhänger getötet worden. Nun sei die Krise vollends acut.

Berichte aus Managua (Nicaragua) melden, daß dort die Revolution unterdrückt sei.

**Asien.** Arbeitslosigkeit und Agrarkrisis in Japan. Nach Drahtmeldungen aus Yokohama fanden am letzten Sonntag in Tokio, Noddo und anderen Städten Japans große Kundgebungen der unbeschäftigte Arbeiter und kleinen bürgerlichen Bevölker statt. In Folge der allgemeinen Geschäftskrisis haben seit 3 Monaten gegen 120 größere Fabriken die Arbeit völlig eingestellt, sodass zur Zeit in den Industriestädten die Zahl der unbeschäftigte Arbeiter wohl auf Hunderttausend gestiegen ist. Bei den Kundgebungen des letzten Sonntags verlangten die Arbeiter die Heraussetzung aller Zölle und Steuern auf Lebensmittel, sowie aller Fabrikationssteuern, während die Bauern unter Berufung auf die traurige Lage ihres Gewerbes die Aufhebung der Grundsteuer forderten. An den Aufzügen beteiligten sich mehrere hunderttausend Personen; die Opposition gegen die neuen Steuer- und Finanzgesetze gewinnt täglich an Umfang, weshalb die Lage der Regierung eine sehr schwierige geworden ist.

### Deutscher Reichstag.

Vor ziemlich leeren Bänken wurde heute der Staat der Colonialverwaltung und der Schutzgebiete beruhigen. Es ging dabei sehr ruhig zu. Von Aufführung war nichts zu spüren. Ein neuer Fall Wehlan, Leif über Peters ist glücklicherweise nicht zu verzeichnen. Die Debatten und die in Folge der Reichstagsdebatten erfolgten Gerichtsurteile haben keinen gewirkt. Die Regierung ist vorsichtiger in der Auswahl ihrer Beamten geworden. So konnten heute Rieden unterbleiben, wie sie noch im vorigen Jahre notwendig waren. Was die Zustände in den Colonien anlangt, so haben sie sich im Uebrigen nicht geändert, die Colonien sind noch immer nicht ertragreicher geworden, kosten auf der andern Seite immer mehr und mehr Geld. Unter den oppositionellen Abgeordneten hat aber ein gewisser Stoßkramus Blaß gegriffen, sie wissen, daß sie gegen die mit dem Centrum verbündeten conservativen und nationalliberalen Colonialpolitiker nichts ausrichten können und wählen nur kurz in etwas eingeschränkter Stimmung ihren ablehnenden Standpunkt. Die Hauptdebatte drehte sich heute um zwei Bahnbauten, um die Usumacinta in Ostaña und eine Bahn in Südwestafrika, die beide die Colonien entzweifähiger machen sollen. Wer die Colonien überhaupt nicht für entzweifähig hält, muss sich natürlich auch den Bahnbauten gegenüber ablehnend verhalten. Diesen Standpunkt vertraten Genoß Bebel und Abg. Richter. Für die Bewilligung legte sich der Landeshauptmann von Südwestafrika, Major Leutwein, ein habenser Schwede mit grüner Kleidung, aber guten Manieren, lebhaft ins Zentrum. Die Regierung befam aus dem Hause von den Abg. Hammacher und Graf Stolberg, sowie dem Abg. Dr. Sieber Succurs. Es wurde alles bewilligt, was die Regierung gefordert hat. Montag kommt das Gesetz auf Abänderung der Concordatsordnung und der Entfernung der Zölle und Verbrauchssteuern zur Bertheilung.

**3. Sitzung.** Sonnabend, 12. Februar 1898. — 1 Uhr. Die zweite Beratung des Staat und dem Comité des Repräsentanten Amtes fortgeführt. Komité: Colonialvermögen, in Berührung mit dem Staat für die Schatzkasse.

Abg. Dr. Hammacher (pol.) sprach vor die Fraktion, da die Einigungen mit Erfahrung und regulären Mitteln erzielt. Dies sei notwendig, da die Einigungen für die Eingangserwerben unentbehrlich seien. — Aus der besagten besonders interessanten Colonial-Denkmal ist resultire die Ausprobation, dass die Colonien mehrere hundert Millionen jährlich für das Land bringen. (Schwefelkohle, Gold, Eisen usw.) Diese Summe ist nicht soviel, dass sie durch die Colonien erzielt werden kann. Die Rentabilität der dortigen Staatenanlagen ist noch sehr zweifelhaft. Wenn man überzeugendes Geld für überzeugende Bahnen habe, so ist es doch mehr gerechtfertigt, darüber zu sprechen als in Eins zu investieren.

Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Wenn der Staat das Geld nicht bereitst, möge der Betrieb bei ihm eingestellt werden. Er kann das nicht erlauben, und kann weiter, bis das Komitee und der Betrieb in einem neuen Stile nachdenkt.

Abg. Graf v. Stolberg (com.): Erwiderte die Berichtigung, dass die Einigungen mit Erfahrung und regulären Mitteln erzielt. Dies sei notwendig, da die Einigungen für die Eingangserwerben unentbehrlich seien. — Aus der besagten besonders interessanten Colonial-Denkmal ist resultire die Ausprobation, dass die Colonien mehrere hundert Millionen jährlich für das Land bringen. (Schwefelkohle, Gold, Eisen usw.) Diese Summe ist nicht soviel, dass sie durch die Colonien erzielt werden kann. Die Rentabilität der dortigen Staatenanlagen ist noch sehr zweifelhaft. Wenn man überzeugendes Geld für überzeugende Bahnen habe, so ist es doch mehr gerechtfertigt, darüber zu sprechen als in Eins zu investieren.

Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Wenn der Staat das Geld nicht bereitst, möge der Betrieb bei ihm eingestellt werden. Er kann das nicht erlauben, und kann weiter, bis das Komitee und der Betrieb in einem neuen Stile nachdenkt.

Abg. Graf v. Stolberg (com.): Erwiderte die Berichtigung, dass die Einigungen mit Erfahrung und regulären Mitteln erzielt. Dies sei notwendig, da die Einigungen für die Eingangserwerben unentbehrlich seien. — Aus der besagten besonders interessanten Colonial-Denkmal ist resultire die Ausprobation, dass die Colonien mehrere hundert Millionen jährlich für das Land bringen. (Schwefelkohle, Gold, Eisen usw.) Diese Summe ist nicht soviel, dass sie durch die Colonien erzielt werden kann. Die Rentabilität der dortigen Staatenanlagen ist noch sehr zweifelhaft. Wenn man überzeugendes Geld für überzeugende Bahnen habe, so ist es doch mehr gerechtfertigt, darüber zu sprechen als in Eins zu investieren.

Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen erläuterte, dass nach seine Erfahrung über die Berichtigung der Bahn gehen zu können.

Abg. Dr. Hammacher (pol.): Durch die Berichtigung des Schatzkassenfonds ist der Staat für den Fall der höheren Kosten der Bahn. Er sollte sich die Berichtigung erhoffen nicht zu stellen seiner Worte.

Abg. Richter (frei. Sp.): Sicherlich, dass das nicht seine Absicht ist, die Bahn zu hohen berichtigten bestimmtlichen Kosten und Geld zu geben.

Abg. v. Richthofen (com.): Einigungen nach dem Zweiten Artikel ausreichend zur Deckung des Schatzkassenfonds für die Bahnprojekte im Staat, kommt die Bemerkungen nicht entgegen. Der Unterschied ist aber das zwischen der Bahn nicht soviel. Das höchste Unterschiede dieser Bahn ist dass sie weniger Kosten und Kosten der Bahn zu haben die einzige Bemerkung.

Abg. Richter (com.): Es werden drei Fälle sind gegeben:

zur Erhaltung eines Betriebes, von dessen Existenz wir nichts wissen. Zur Verbindung nach dem Innern seien von Sachverständigen Vorschlägen empfohlen werden, eine solche könne längst des vorhandenen Bahnhofs angelegt werden. Ich denke, es liegt im Interesse des Reichstages, lieber das Ganze bei Seite zu schieben, als zwecklos große Sorgen auszugeben.

Abg. Graf v. Stolberg (com.): erklärt sich auch für Beibehaltung, doch müsse erst das Geld für die Bahn bewilligt sein. In der Colonialpolitik könnten wir von den Engländern Hartnägigkeit und Fähigkeit lernen. Die Sache sei einmal angefangen und müsse auch durchgeführt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lieder (Gr.): spricht für Bewilligung des Provisoriums, um den Betrieb wenigstens noch auf ein Jahr zu erhalten.

Abg. Dr. Paasche (mai.): meint, die Aussichten b.s. Kaffeeplantagenbaus dort seien sehr günstige, wenn für gute Transportbedingungen gesorgt werde.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso der Rest des Gesetzes für Ostafrika und ferner debarcelos die Staats für Kamerun und Togo.

Es folgt der Satz für Südwestafrika.

Auf eine Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Landeshauptmann Major Leutwein, dass das Wasser dort allerdings knapp sei, eine Wassersnöth aber existire nicht. Mit dem Fortschreiten der Besiedelung werde auch der Wassermangel verschwinden, da die einzelnen Farmer genügend sein würden, Wasserauslagn zu schaffen. Der Wassermangel habe auch den Vorbehalt, dass es dort kein Öl ter gäbe. Die Viehzucht sei außerdem dort in größtem Maße möglich und könnte Tausenden von Deutschen Unterhalt gewähren.

Abg. Lieber (Gr.): Die verbündeten Regierungen sind durch den Ausbruch der Rinderpest gezwungen worden, eine Eisenbahn zu erbauen, und haben außerordentlich eine Million bereitst für sie herzuhalten, für die je Endemiti beim Reichstage nochsuchen. Im Janzen wird der Bau 4-5 Millionen kosten, im Zusammenhang damit wird noch die Kostenanlage in Swakopmund ausgeführt werden müssen.

Abg. Richter (frei. Polen.): Der ganze Bau erfordert sich durch die außerordentliche Reichspost, mit der man bei uns für coloniale Zwecke Geld ausgiebt. An eine Rentabilität ist dabei da gar nicht zu denken, das ganze Land ist eben nichts wert. Die Rinderpest ist auch ohne die Eisenbahn überwunden worden; es ist also wohl ein Platz, wo bei der aufgegebenen einer Million zu beladen und auf der hergestellten 50 Kilometer-Strecke erst weitere Erhöhungen zu sammeln.

Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelle Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Graf v. Stolberg (com.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Kommandeur Major Leutwein: Die Lebensfähigkeit des Schutzgebietes halte ich nach meiner persönlichen Ansichtung für erwiesen, es hängt aber wesentlich von den Bahnen ab, die auch ohne Rinderpest wahrnehmbar sind.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Kommandeur Major Leutwein: Die Lebensfähigkeit des Schutzgebietes halte ich nach meiner persönlichen Ansichtung für erwiesen, es hängt aber wesentlich von den Bahnen ab, die auch ohne Rinderpest wahrnehmbar sind.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

Zur einer Anfrage des Abg. Beneit (frei. Bdg.) erwidert Unterhaussprecher Dr. v. Richthofen: Die Rinderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, dass schnelles Handeln geboten war. Und wenn die Kolonial-Polizei der Seuche nach Eintritt geboren hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Kai aufgebaut worden.

Abg. Dr. Hammacher (mai.): drückt seine Befriedigung darüber aus, dass die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei schließlich reichlich. Die Zukunft werde entscheiden, wer die Stadt sei.

### Prozeß Holz.

Ueber den Rest der Freitagsßtung, in welcher die sensationale Bezeichnung des Obersten Picquart fortgesetzt wird, ist n. Folgendes zu berichten:

Nach einer Reihe weiterer Fragen wird Picquart aufgefordert darüber auszulassen, welche Kunststüke er über Esterhazy vorgezogen habe. Dann fragt Labori ihn: „Haben Sie v. dem geheimen Schriftstück kenntlich genommen von dem so viel gesprochen worden ist, und das sich in dem heimischen Actenstück befinden soll?“ Picquart: „Ich habe es gesehen, als General Bellieuix es mir zeigte.“

Labori: „Welcher Art war dieses Schriftstück?“ Picquart: „Ich dachte, ich dürfte es sagen; ich darf aber von diesem geheimen Actenstück sprechen, wo der Kriegsminister mich den Dienstgeheimnis entbindet.“

Picquart: „Ich hoffe, das der Generalstaatsanwalt diesen Wunsch des Kriegsministers mittheilen wird.“ Labori fragt weiter: „Haben Sie das Original des Bordereau gesehen?“

Picquart: „Ich glaube ja. Ich habe besonders die photographischen Reproduktionen gesehen, die im Kriegsministerium erhalten.“ Labori: „Was das von dem Matiné öffentlichte Facsimile verschieden von dem wirklichen Bordereau?“

Picquart: „Es ist davon so wenig verschieden, dass man sich fragt, woher die Indiscretion kommen konnte.“

Labori: „Kennen Sie das erlösende Dokument?“ Picquart: „General Bellieuix hat es mir gezeigt.“ Labori: „Was ist dieses Schriftstück?“ Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was ist das dazugehörige Dokument?“ Labori: „Was ist das dazugehörige Dokument?“

Picquart: „Was

historischen Kunstwerke folgen, welches die Absicht Piequarts, alles zu sagen, ohne etwas zu verrathen, zu vollkommener Geltung brachte.

Von der Sonderabordnung liegt folgender Bericht vor: Die Sitzung wird nach 12 Uhr eröffnet. Oberst Piequart wird nochmals aufgerufen und sagt: Zola habe gegen das Kriegsgericht nicht die Beleidigung erhoben. Esterhazy auf Befehl freigesprochen, sondern seine Entschuldigung auf ungemeines Material hin getroffen zu haben. General Pelissier habe aus Achtung vor dem abgeurteilten Sachen geglaubt, die Frage des Vorwurfs in seiner Untersuchung nicht eindeutig zu stellen. Navarre habe ohne Zweifel unbewußt denselben Weg eingeschlagen, und das Kriegsgericht habe auf unzureichendes Material hin, sein Urtheil gefällt. So habe z. B. eines der Mitglieder des Gerichtes bei Schluss der Sitzung gesagt: Ich bewundere deinen Mut, ich sehe, daß der wahre Angeklagte hier der Oberst Piequart ist, und verlange, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, sich über seine Haltung zu äußern.

Es kam nun zu heftigen Szenen zwischen Labori und Henry, darauf zwischen Piequart und Henry, welche letzteren beide sich gegenseitig in der heftigsten Weise wegen der abeim Schriftstücke, die Piequart Leblois gezeigt haben sollte, dementierten.

Es sind darüber folgende Einzelheiten zu berichten. Der Präsident fragt Piequart: Wie oft haben Sie Leblois in Ihrem Bureau empfangen? — Piequart: Das ist schwer zu sagen, vielleicht 15 Mal. — Präsident: Hatten Sie bei einem dieser Besuche Leblois ein geheimes Schriftstück vor sich, d. h. das Schriftstück, auf dem sich die Worte befinden: diese Kanaille von D...? — Piequart: Dieses nicht. — Darauf wird Oberst Henry aufgerufen. Derselbe hält seine früheren Behauptungen aufrecht, daß das Atenfild auf dem Umschlag log und daß der Umschlag, in dem das fragliche Schriftstück sich befand, nach der Seite hin lag, wo Leblois war. General Gante, der nun aufgerufen wird, erklärt, das Atenfild habe sich in Reihenfolge befunden, als es ihm wieder „hüll“ worden sei. — Major Lautz erklärt: Leblois habe es überzeugt vor dem Kriegsgericht aufzugeben. (Bewegung.) Man könne die Mitglieder des Kriegsgerichts vernehmen, die es bezeugen würden. Lebhafte Bewegung und Aufmerksamkeit.) Der Präsident fragt Leblois: Haben Sie das vor dem Kriegsgericht zugestanden? Darauf Leblois laut und deutlich erwiderte: Nein! (Sensation.) Ich habe festen Ton und aus Höflichkeit zu Oberst Henry gesagt: Ich wollte ihn nicht dementieren. Wenn er aber bei seiner Erklärung beharrten sollte, so sei es Sachen Piequarts. Ich über diesen Punkt auszutlassen. Nun haben Sie aber vor dem Kriegsgericht von dem aus dem Umschlag genommenen Schriftstück nicht gebrochen. — Verzeihung, erwidert Henry, ich versichere, es gelangt zu keinem. Es handelt sich nicht darum, hier die Wahrheit zu verbreiten. (Bewegung.) Labori fragt: Befand sich der Rest des Atenfildes in dem Umschlag? Antwort: Ohne Zweifel. Labori: Dann ist also zwischen ihren Worten und dem Berichte Navarres ein Widerspruch. Henry rüttelt auf Labori und sagt: Ich werde nicht dulden, Ihre Advokat, daß Sie meine Bezeugung verdächtigen. Piequart protestiert gegen die Worte Navarres und hält in energischer Weise keinen Widerspruch aufrecht. Henry: Und ich, ich behaupte förmlich, daß Oberst Piequart gelogen hat. (Im Zuhörerraum Rufe: O, o!) Piequart: Ich erkläre, daß ich mich vor der Jury erklären darf. Sie haben die Anschuldigungen gehört, welche Henry und Gervelin gegen mich erhoben, die unterstellt von dem Glam die Männer einer früheren Partei waren. Nun wohl, meine Herren, alles das geschieht, weil diese Herren nicht an ihrem Werke führen lassen wollen. Als Oberst Sandherr den Dierst verließ, hatte er gleichsam als sein Testament den Herren die Sorge für dieses Atenfild hinterlassen, das, wie sie sagten, die Ehre des Bureaus sei. (Bewegung.) Nun wohl, meine Herren, ich habe geglaubt, daß es ein Interesse habe, Echt und Gerechtigkeit zu schaffen. Vor alter Welt mit Belästigungen überschüttet und vielleicht von der Gesetz bedroht, nach Jahren neuer Dienste aus der Armee ausgestoßen zu werden, wäre ich hier, ich war das Opfer meines guten Glaubens, meiner rechten Haltung und meiner Hingabe an die Sache, die ich für gerecht halte. — Als der Advocate Clemenceau eine Frage stellte, zur Ausklärung des Punktes, über den Oberst Henry und Piequart verschiedener Meinung sind, sagt der Präsident, er könne ihm nicht die Erlaubnis dazu geben, daß er, Clemenceau, erkläre. Clemenceau erwidert: Nun, ich plädire nicht, ich will zur Kenntnis der Wahrheit verhelfen. (Bewegung) Wenn Sie nicht wollen, daß ich spreche, nur, so entziehen Sie mir das Wort. Präsident: Nun, ich entziehe es Ihnen. (Varm) Clemenceau: Dann werde ich mich setzen. Labori ruft: Und so, ich erhebe mich. Wenn Sie glauben, was nicht da ist, Wort geben zu sollen, so werde ich nötige Maßregeln treffen, um dem Rechte der Beleidigung Achtung zu verschaffen. (Sensation) Schließlich stellt Clemenceau keine Frage, die sich auf ein Datum bezieht, über das man sich schwer einigt. Oberst Henry löst sich endlich zu der Erklärung herbei, daß das Schriftstück mit den Worten: diese Kanaille von Dr. niemals in irgend einer Beziehung zu der Dreyfus-Affäre gestanden habe. (Bewegung) Henry sagt zueinander, dieses Schriftstück habe zu einem unwichtigen Atenfild gehört, das er beauftragt gewesen sei, anzulegen. Was das unwichtige Atenfild Dreyfus anbetreife, sagt Henry, das habe er niemals gesehen.

Nach der Vernehmung weiterer Zeugen wird die Verhandlung abgebrochen.

Zola schwieb Freitag in einer Lebhaftigkeit, mehrere Manifestanten schlossen sich an, Zola aus dem Wagen zu ziehen, als Clemenceau mit seinem Stock dageblieb. Die Polizei eilte herbei und brachte Zola in Sicherheit. In Folge dieser Vorfälle begab sich der Vertheidiger Labori gestern Nacht zu dem Ministerpräsidenten Meline und erklärte, er mache die Regierung für die Sicherheit seines Clienten verantwortlich. Meline versprach verschärzte Maßregeln. Heute Morgen besiegten 500 Municipalarden die Eingänge des Justizpalastes, 2000 andere werden bereitgehalten.

Weiter wird noch berichtet: Zola erhielt Kenntnis von einem gegen ihn gerichteten Komplott, daß am Tage des Verdictes vor jedem Ausgangstor des Justizpalastes seine Feinde aufstellung nehmen wollten, und daß durch Pfeile angezeigt werden soll, aus welchem Thor er den Palast verließe. Dann sollen seine Pferde von Laufenden umringt und zur Seite geschreckt werden.

(Ende der Rubrik: Politische Unterhaltung)

## Aus aller Welt.

**Preußisch-Socialistisches.** Aus einem Kreis des Papierungsbedrucks Frankfurt am Main ist dem geschäftsführenden Ausschuß des Centralcomites für die durch Krimmell Geschädigten Deutschlands die Rückerstattung geworden, daß die vertheilten Drogen vor der geleisteten Beihilfe an die Geschädigten zunächst die aufzuhändige Steuer abgezogen haben. Das Centralcomite wird ratsamst energisch auf Rückentgutung dieser Regel hinzuwirken, denn die Gaben sind doch in der ausgeschrockten Kasse geworben worden, den Geschädigten so weit zu entziehen, daß sie wieder erwerbsfähig werden, und nicht um den Staat die rückständigen Steuern und Schulden zu fordern.

**Rechtsgerichte:** wurden in der Nacht zum Freitag in mehreren Orten längs der Rhine, so in Köln, Düsseldorf und Bonn, verhängt. Die Räder und Bilder schwankten, die Radbewegung dauerte drei Stunden.

**Bern.** 12. Februar. Gestern hat ein Judikaturamt auf den französischen Biscanthal-Dekret zwei Adelsvorschläge abgegeben. Der Consul blieb unberührt. Der Ritterkavalier ist ein Frankose aus Bern und geistig stark; er zieht an, anarchist zu sein.

**London.** 12. Februar. Das Bow Street-Polizeigericht, falls gegen den italienischen Bittsteller und gegen seinen Witwe

welche unter der Anklage standen, zur Ermordung des Baron Nikolaus durch Flugblätter aufgerufen zu haben, das Urtheil: Esterhazy wurde zu 18, legerer zu 2 Monaten Zwangsarbeit verurtheilt.

**Schiffungskost.** In der Nacht zum Freitag ist in Hull der Dampfer „Marbella“ in Folge eines Unfallentwurfs mit dem britischen Kriegsschiff „Galatea“ gekentert. Die „Marbella“ hatte 27 wertvolle Konserven auf Bord. Als die „Galatea“ zur Feststellung des erlittenen Schadens ins Dock gehen wollte, strandete sie bei dem Erdbeben in Wallessey in Kent. Sie ist weitwestlich von Brüssel, sind am 29. Januar die sechs öffentlichen Wälder eingefürt und haben verschiedene Menschen unter sich begraben, so daß der Wohnhäuser liegen in Trümmer und was von ihnen noch steht, ist stark beschädigt; alle Minaretts sind zusammengebrochen, die Moscheen zerstört oder hart mitgenommen. Die Brandstiftung sucht sich aus Blanken, die der vom Sultan entstandene Ausfluss gegeben hat. Obdach zu schaffen, wird aber durch die immer andauernden Erdstöße in Aufregung gehalten. Unglücksfälle anderer Art werden von allen Seiten berichtet; im Villajet Trapezy hat eine Lawine zwei Häuser fortgerissen und zwanzig Menschen getötet, in der Hauptstadt folgen sich unheilvoll viel Brände, am Abend des 6. Februar drei, von denen einer in einem Türkenviertel vierzig Häuser vernichtet.

## Locales.

Breslau, den 14. Februar 1898.

\* Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die gestern Mittag nach dem „Tivoli“ einberufene Volksversammlung. Der geräumige Saal war nicht gefüllt, so daß viele keinen Platz mehr fanden. Das rege Interesse der Breslauer Arbeiterschaft für diese Versammlung ist wohl nicht vom geringsten Theil auf die Wahl der Tagesordnung zurückzuführen, lautete dieselbe doch: „Die neuzeitlichen Angriffe auf die höchsten Rechte des Volkes“. Als Referent war der Reichstag-Abgeordnete für Breslau-Ost, Genosse Franz Tugauer, erschienen, dessen treffliche Ausführungen wir im Nachstehenden wiedergeben:

Wenige Monate nur trennen uns noch von dem Tage, an welchem das deutsche Volk berufen ist, die Neuwahlen zum Reichstag vorzunehmen. Es ist daher heute schon angebracht, die Frage aufzuwerfen: „Wen wählen wir?“ Auch die Arbeiterschaft Breslaus muß sich diese Frage vorlegen und ich bin überzeugt, daß die Antwort hierauf genau wieder so lautet wie sie bei der letzten Wahl und bei früheren Wahlen gelautet hat. Die Errichtung des gleichen und geheimen Wahlrechts, auf Grund dessen die Abgeschiedenen zum Reichstag gewählt werden, hat dem Volke keine besonderen Räume gelassen, sondern es ist ihm gewissermaßen auf dem Präsentierer dargebracht worden. Heute freilich ist dieses Wahlrecht verhakt, weil sich die Arbeiterschaft von der Regierung nicht als Symbol gebrauchen läßt, sondern ihre eigenen Wege zu gehen für nötig befunden hat. Nachdem auch die bürgerlichen Parteien eingesehen haben, daß die Arbeiterschaft ihren reaktionären Bestrebungen niemals Vorpanndienste leisten wird, sind die Freunde des leichten Reichstagwahlrechts nicht allzu zahlreich. Die größten Freunde derselben sind die Conservativen, obgleich die Herren jetzt, da die Wähler vor der Thür stehen, sich scheuen, rücksichtslos dagegen aufzutreten. Auf dem conservativen Parteitag in Dresden hat Graf Limburg-Stirum noch erklärt, daß sie keine Freunde des gleichen und geheimen Wahlrechts verhakt, weil sich die Arbeiterschaft von der Regierung nicht als Symbol gebrauchen läßt, sondern ihre eigenen Wege zu gehen für nötig befunden hat. Nachdem auch die bürgerlichen Parteien eingesehen haben, daß die Arbeiterschaft ihren reaktionären Bestrebungen niemals Vorpanndienste leisten wird, sind die Freunde des leichten Reichstagwahlrechts nicht allzu zahlreich. Die größten Freunde derselben sind die Conservativen, obgleich die Herren jetzt, da die Wähler vor der Thür stehen, sich scheuen, rücksichtslos dagegen aufzutreten. Auf dem vorjährigen Parteitag sind die Conservativen ganz offen für die Ausweitung der Socialdemokratie aus dem Reichstage eingetreten und es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß das Beispiel Sachsen auf dem Gebiete der Wahlrechtsveränderung auch im Reich hinzuholen des Wahlschlags bald Nachahmung finden möge. Als z. B. im pluvialen Landtag der Borsigland gemacht wurde, das Wahlrecht zu einer Körperschaft einer Revision zu unterziehen und etwas volksähnlicher zu gestalten, auch da hat Graf Limburg-Stirum erklärt, das dies nur möglich sei, wenn zugleich das Reichstagwahlrecht geändert werde. Und dabei ist dieser Graf im biesigen Landkreise, also vor den Thoren Breslaus gewählt. Die hiesigen Arbeiter dürfen bei den nächsten Wahlen keine Rühe schaffen, um die „Vollsfeind“ aus dem Sattel zu heben. (Beifall.) Noch deutlicher haben sich andere Conservative bei anderen Angelegenheiten als Freunde des gleichen und geheimen Wahlrechts erklärt, ja zum Verhängnis brach hat z. B. Graf Mücke offen aufgefordert. Wenn es noch einmal gelingen sollte, einen solchen Reichstag zu wählen, wie es der Cartell-Reichstag gewesen ist, dann würden die darauffolgenden Wahlen sicher nicht mehr auf Grundsatz des gleichen und geheimen Wahlrechts stattfinden. In Breslau ist es nun nicht zweifelhaft, daß die kommenden Wahlen zu Gunsten der Socialdemokratie ausfallen werden. Aber deswegen ist Breslau noch lange keine Hochburg der Sozialdemokratie. Die hiesige Arbeiterschaft muß nicht wie bisher es als ihre Pflicht betrachten, dem sozialdemokratischen Verein anzugehören und die sozialdemokratische Presse zu unterstützen. Möge jeder, der nach dieser Richtung hin noch nicht seine Schuldigkeit thut, das Verhältnisse nachholen. Auch die Frauen sollten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne für die Partei zu wirken; im Hinblick auf den regen Bericht, den sie mit den kleinen Geschäftsräumen haben, von denen sie die kleinen Bedürftigen bejubeln, dürfte ihnen das nicht schwer werden. — Der Kampf gegen das heutige Wahlrecht ist im Grunde ein Kampf gegen die Sozialdemokratie als Partei; das hat ja auch Herr v. Stumm bei der Bezeichnung der Umsturzvorlage sehr deutlich ausgesprochen. Nach dessen Meinung hätte es mit zweier Paragraphen bedurft, um den Zweck der Umsturzvorlage zu erreichen: § 1. Die Agitatoren werden ausgemiesen. § 2. Die Anderen dürfen ihre Stimme nicht abgeben. Unter diesen Umständen hätte Stumm selbst gegen das heutige Wahlrecht nicht eingestanden. Der Geist, der daraus spricht, spiegelt sich auch wieder in den „Hamburger Nachrichten“, das Rest in den Bismarck-Straßenblättern wider, welche gegen das Wahlrecht eingesetzt haben. Das Blatt hat unumwunden ausgeprochen, daß die Sozialdemokratie weder Wähler noch Wahlrecht sein sollten, daß aber die Sozialdemokratie zu schlecht sein sollten, Steuern zu zahlen und Soldat zu werden, das hat wieder Herr von Stumm noch haben es die „Hamburger Nachrichten“ vorgeschlagen. Schließlich müßte man aber auch noch weiter gehen und die Sozialdemokratie aller Pflichten entbinden. Mit der Verhinderung der Stumm'schen Vorherrschaft wäre aber der Profitsstaat selbst in der Theorie abgestorben, obgleich man sich heute schon manchmal fragen mag, ob wir in einem Rechtsstaat leben. Der Zeitpunkt ist nicht sehr fern, wo die Begriffe Sozialdemokratie und Arbeiter sich bedenken, daß also mit einer Maßnahme, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, die gesamte Arbeiterschaft getroffen wird. Die Regierung hat die Aussöhnung zum Verhängnisbruch nicht zur Erfüllung gebracht und si wird sich wohl auch in Zukunft hütten, es zu tun. Die Conservativen haben ferner auf ihrem letzten Parteitag auf Grund ihres Programms die Unterstützung der Regierung befehlen, welche Wahlen gefordert. Nur befinden sich aber unter den conservativen Kandidaten sehr viele Beamte, Kaufleute u. s. w. Wenn noch mehr solche Leute in den Reichstag eingehen, dann könnte man dennoch keine Vollzurtheilung mehr nehmen. Die Stumm'sche Wahlen nicht einmal ihre Meinung zum Ausdruck bringen, sondern müssen immer den Willen der Regierung tun. Wie ungeeignet solche Leute zu dem Amt eines Reichsvertreters sind, das hat keiner besser wie ihr Ratsamtsbeamter, Herr Bismarck, im August 1897 aufgesprochen. Derselbe meinte, daß es best in Sorge das Kreuzwort überall breit machen, alles droht nach Erföhrung. Man wolle nicht ewig Bismarck bleiben, aber auch die Frau wolle am Hoschen herhaften. Auch das Abwarten jedes Schicksals wolle man beginnen. Daß die Beamten im Parlament, die garnicht darin gehen, die aber

Söhne und Enkel zu versorgen haben. Die Herren sind oft zu beschäftigt, zu arbeiten, auch in der Landwirtschaft möchte man nicht viel thun. Gossen Bismarck. Das Lied von der notleidenden Landwirtschaft darf nicht, so schreibt Genosse Tugauer weiter aus, in allen Tongräben gesungen. Das es Notleidende unter den Landwirthen gibt, das wissen auch wir. Jawohl, die kleinen Geschäftsläden sind genau so ideal daran, wie die kleinen Geschäftsläden, auch sie haben unter der Konzentration des Kapitals schwer zu leiden. Die Genossen, die nächstens hinausgehen werden, um Wahlagitation zu treiben, die sollten die kleinen Bauern besonders darüber informieren und mit aller Entschiedenheit eintreten, daß der Landkreis erobert wird. Aber auch die Landarbeiter müssen darauf aufmerksam gemacht werden, wie sie unter der heutigen Nichtlohnzeit leiden, daß sie kein Coalitionsrecht besitzen, auf Grund dessen sie sich bessere Arbeitsbedingungen erlangen können. Der Hass der Unternehmer gegen das Coalitionsrecht, wie er sich jetzt wieder besonders bemerkbar macht, ist schon 1889 bei der Beratung des § 152 der Gewerbeordnung im Reichstag zum Ausbruch gelangt. Damals ist ja auch sogar Schulz-Döllsch, den man von gewisser Seite immer als großen Arbeiterfreund hinstellen möchte, gegen die Coalitionsfreiheit aufgetreten und er hat davor gewarnt mit den Worten: „Meine Herren, entfesseln Sie die Bestie nicht!“ Die Arbeiter haben es aber doch erhalten und sich bestredt, einen möglichst unangenehmen Gebrauch davon zu machen. Sie haben aber auch einschauen gelernt, daß eine dauernde Verbesserung ihrer Lage auf diesem Gebiete allein nicht erreicht werden kann, weshalb sie verlangen, daß der Arm der Gesetzgebung eingreife. Die Betreibungen der Arbeiter werden die erforderliche Unterstützung erst erhalten durch ein wirkliches Arbeiterschutzesrecht, welches auch in nicht allzu langer Zeit kommen wird. Denn um der deutschen Industrie ein hinreichendes Arbeitsgebiet zu verschaffen, wird am Ende nichts weiter übrigbleiben, als die Lebenshaltung der inländischen Arbeiter zu steigern, was wiederum nur möglich ist durch Einführung des Normalarbeitsstages und eines Minimallohnes. Heute will man freilich ebenso wie das politische Wahlrecht auch das Coalitionsrecht abschaffen, obgleich noch nicht einmal alle Arbeiter dasselbe befreien. Die Landarbeiter dürfen sich ja gar noch nicht zusammenschließen. Die Landarbeiter erlangen bessere Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter, die in den Städten die Arbeit einzustellen würden, um mehr Lohn zu erzielen, können mit Gefängnis bestraft werden. Dessen ungeachtet gehen aber die Jäger gegen das Coalitionsrecht und sind die eisernen Bundesgenossen der Großindustriellen, die dasselbe erträumen wollen. Auf die Dauer wird aber selbst den Landarbeitern das Coalitionsrecht nicht verweigert werden können. Das Posadowitz'sche Rundschreiben war Waffen auf die Freiheit der Feinde der Coalitionsfreiheit. Man kann wohl annehmen, daß Posadowitz, der ja kein Großindustrieller ist, nicht aus sich heraus das Rundschreiben erlassen hat, sondern daß er zu dieser Maßregel von den Großindustriellen veranlaßt wurde. Der Geist, der in dem Stumm'schen Geist, Vorschläge zur Verschärfung der einschläglichen Strafbestimmungen sind ja schon wiederholt gemacht worden. So ging z. B. der letzte Versuch der Regierung, die Strafbestimmungen zu verschärfen, dahin, denjenigen, der zu Streiks auftreten, nicht unter einem Monat Gefängnis, denjenigen aber, der es gewöhnlichmäßig thut, nicht unter einem Jahre zu bestrafen. Dieser Entwurf wurde zwar abgelehnt, der Geist jedoch, von dem er getragen wurde, geht heute noch um. Die kaiserlichen Erlöse kurz vor der Reichstagswahl im Februar 1890 enthielten in die schönen Worte, die Arbeiter sollen auch das Recht haben, ihre Interessen zu wahren und die Parteien sind ja auch damit in den Wahlversammlungen hauptsächlich gegangen und haben Stimmengang damit getrieben. Aber nach den Wahlen haben diese Parteien alles vergessen und sind nur auf ihre eigenen Interessen besorgt gewesen. Die Rathgeber des Kaisers denken eben anders, als der Kaiser selbst. Auch bei anderer Gelegenheit hat der Kaiser erklärt, es ist menschlich erschärflich, wenn die Arbeiter auch Ansprüche erheben; die Arbeiter lesen Zeitungen, und sind darüber über den Gang des Geschäfts auch informiert. Auch den Herren Böddeler und Rösler gegenüber hat der Kaiser sich dagegen gehoben geäußert, daß die Arbeiter einen gleichberechtigten Stand sind und daß diese Überzeugung sich die Unternehmer verschaffen möchten. Man kann wohl erwarten, daß diese Worte von den beauftragten Beamten in Thonet umgesetzt werden. Das ist aber jetzt durchaus nicht der Fall. Was den Vorwurf der Großindustriellen anbelangt, die Arbeiter hätten mit der Coalitionsfreiheit verhandelt, gebracht und getrieben, so zeigt die Statistik, daß dies nur ganz vereinzelt der Fall gewesen ist. So kommen beispielsweise im Jahre 1892 auf 1000 Streitende 24,5, im Jahre 1893 auf die gleiche Anzahl Streitende nur noch 2 Verurtheilte. Es hat also keine Verhinderung gegeben, sondern eine ganz außerordentliche Verbesserung stattgefunden. Wie man auf Grund dieser Resultate noch auf eine Verschärfung der einschlägigen Strafbestimmungen kommt, das ist unverständlich. Gegenüber der geringen Zahl an Bestrafungen von Arbeitern muß festgestellt werden, daß 1896 von 1000 Studenten 8,3 wegen ähnlicher Vergehen bestraft wurden. Das ist doch wahrscheinlich kein Beweis, daß gerade die Arbeiter sich verschlechtert haben. Sondern es steht es denn bei den Unternehmern aus? Die Belegschaft über allein zwölfe Zwangsmittel gegen ihre Stammesgenossen aus, ohne daß sie jemals zur Veranwendung gezwungen werden. Die Beschneidung der Rechte der Arbeiter ist von Stumm auch damit begründet worden, daß die Arbeiter diesen nicht auszutülichen verhindern. Sowohl ist das der Fall, ist trifft diejenigen Parteien die Schuld, die sich der Verabschiebung einer besseren Bill des Volkes widersetzen. Von diesem Vorwurf ist die Sozialdemokratie frei, daß befagt am treffendsten unser Programm. Redner ria, an die Anwesenden einen Appell, unangemeldete Agitation für die Wahlen zu verhindern, damit das nächste Mal nicht nur die beiden Breslauer Kreise im ersten Wahlgange gewonnen werden, sondern daß auch der Landkreis wenigstens in der Stichwahl ertungen wird und sich somit ein glänzender Sieg an die Fahne der Sozialdemokratie festsetzt. (Lieberer Beifall) — Nach einer Pause von zehn Minuten und einer darauf folgenden nicht wesentlichen Diskussion gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die heute im „Tivoli“ tagende Volksversammlung erklärt sich mit den treiflichen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Franz Tugauer vollständig einverstanden. Sie erklärt, daß das arbeitende Volk keine willenslose Sklaverei erträgt, die sich geduldig neue Fesseln anlegen und die letzten, wichtigsten Rechte einfaßt und engen läßt. Die Versammlung protestiert gegen jeden, wie immer gearteten Versuch, der Arbeiterschaft Deutschlands das Coalitionsrecht zu rauben oder das wichtigste politische Recht des Volkes, das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht, in irgendeiner Weise zu beschränken. Die Versammlung will nicht Verhandlung, sondern Erweiterung der Wahlrechte und erfüllt, daß die Erweiterung dieses Rechtes unentzweifelbar ist, wenn die Stimmung der sozialdemokratischen Volkspartei ist.

Darauf folgte der Vorsitzende, Genosse Schütz, mit einem dreisachen Appell auf die internationale, pökerbefreende Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmen, die exposante Versammlung.

\* **Socialdemokratischer Verein.** Auf die heutige Abend stattfindende Versammlung wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Den Mitgliedern, die vorantheilnehmen wollen, wird im Erinnerung gebracht, daß der Sitzung Punkt 8½ Uhr erfolgt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Genossen, die dem Verein beitreten wollen, können die Erklärung auch schriftlich unter Angabe des Namens, Städtes und der Wohnung besitzen. Der Beitrag sind 40 Pf. (sachlich in Postkostenrechnung) für Einschreibegeld und einen Beitragsbeitrag, bevorzugt. Worte: C. Bahn, neue Sozialdemokratie 56, v. J.

